

Ohne Obdach

3120 Menschen in München sind wohnungslos – so viele wie seit acht Jahren nicht mehr. Die meisten von ihnen kommen aus anderen EU-Ländern. „Wir werden überrollt“, sagt Sozialreferentin Brigitte Meier. Bis Jahresende sollen nun bis zu 500 neue Schlafplätze geschaffen werden

VON SVEN LOERZER

Die Zahl der kurzfristig untergebrachten Wohnungslosen hat mit 3120 einen neuen Höchststand seit dem Jahr 2004 erreicht. Die Stadt muss bis zum Jahresende 400 bis 500 Bettplätze für Wohnungslose akquirieren, um einen Notstand bei der Unterbringung abzuwenden. Zusammen mit dem Kommunalreferat hat Sozialreferentin Brigitte Meier (SPD) dazu eine Arbeitsgruppe eingerichtet. Um im schlimmsten Fall mit einer „Schubladenplanung“ gerüstet zu sein, soll das Team auch ein Grundstück suchen, auf dem sich zur Not schnell Pavillons aufstellen lassen. „Wir werden überrollt vom Zustrom von Menschen aus der EU“, zwei Drittel der Wohnungslosen seien nichtdeutscher Herkunft.

Unter den Wohnungslosen sind 800 Kinder. Und die Lage spitzt sich weiter zu

Angesichts des Mangels an freien Bettplätzen fühlen sich die für die Unterbringung zuständigen Mitarbeiter des Wohnungsamts völlig überfordert: „Jeder von ihnen hat ein halbes Dutzend Fälle auf Lager, aber keine Plätze“, erklärt Wohnungsamtschef Rudolf Stummvoll. Die Stadt tut sich immer schwerer, wohnungslosen Menschen ein Quartier, geschweige denn eine Wohnung zu verschaffen. „Der Anstieg der Wohnungslosigkeit bereitet uns Kopfzerbrechen“, gibt die Sozialreferentin zu. Das „System der Sofortunterbringung“ sei verstopft, aus den dazugehörigen Quartieren wie Pensionen, Heimen und Clearinghäusern hätten 2011 nur noch 52 Prozent der Haushalte (Vorjahr: 59 Prozent) in Wohnungen vermittelt werden können. „Ich sehe auf mittlere Frist keine Entspannung“, sagt Stummvoll. Die Situation spitzt sich geradezu zu: „Derzeit kommen pro Monat 40 Personen mehr in das Sofortunterbringungssystem als dort wieder raus.“

In den Quartieren werden die letzten Reserven ausgeschöpft, selbst Aufenthaltsräume und Büros werden mit Betten belegt. Die Wohnungslosen, darunter 800 Kinder, müssen so unter noch schwierigeren Umständen ihr Leben viel zu lang in Notquartieren fristen. Wie dramatisch die Lage ist, lässt sich daran ermesen, dass Stummvoll sich nicht mehr anders zu helfen weiß, als einen alten Bunker als Winterschutzraum für den Notfall wiederzubeleben: Unter dem Hauptbahnhof sollen in dem ehemaligen Schutzraum bis zu 150 Menschen einen Schlafplatz erhalten. Für die Obdachlosenarbeit kommt das einem Offenbarungseid gleich, einem Rückfall in Zeiten, die längst überwunden schienen. So war die Stadt vor 17 Jahren mächtig stolz darauf, dass sie nach dem Ausbau ihrer An-



Auf der Straße, wie hier vor einem Geschäftseingang in der Fußgängerzone, suchen sich wieder mehr Obdachlose einen Schlafplatz, weil in den Notquartieren kaum mehr ein Platz frei ist.

FOTO: ANDREAS GEBERT/DPA

Hilfe in der Heimat

Rund 500 Menschen, die um Hilfe nachsuchten, hat das Wohnungsamt im vergangenen Jahr zu rück in die Heimat geschickt. Zumeist handelte es sich um EU-Bürger aus Osteuropa, vor allem aus Bulgarien und Rumänien. Von „Arbeitsflüchtlingen“ spricht Viktor Münster, der Vorsitzende des Katholischen Männerfürsorgevereins: Menschen, die eigentlich nicht zur klassischen Zielgruppe der Wohnungslosenhilfe gehören, wie Münster meint, zumal sie in ihrer Heimat in der Regel eine Wohnung hätten. Doch angesichts von Armut und Ausgrenzung verlassen viele ihre Heimat. Viele nächtigen im Sommer im Freien, suchen sich abgelegene Stellen und Verschläge. Manche versuchen sich als Tagelöhner durchzuschlagen, andere betteln.

Da die Menschen hier keinen Anspruch auf Sozialleistungen haben, aber mangels Ausbildung

auch wenig Chancen auf dem Arbeitsmarkt, gebe es kaum Perspektiven für sie, sagt Münster. In der Regel bekommen die Mittellosen im Rahmen humanitärer Hilfe ein Ticket für die Rückreise und, wenn nötig, einen Schlafplatz für eine Nacht. Erst bei Temperaturen unter null Grad steht ihnen die Notunterbringung offen. „Im letzten Winter sind wir überrollt worden“, sagt Münster. In der Unterkunft an der Pilgersheimerstraße habe es „Stuhlschläfer“ gegeben, in der „Pistorinistraße“ sind Matratzen ausgelegt worden.

Doch den Plan, Nothilfe allein durch die Unterbringung etwa in einem Bunker anzubieten, hält Münster für unzureichend. Der Männerfürsorgeverein will nun die Probleme der „Arbeitswanderer“ vor allem aus Rumänien und Bulgarien, häufigi Sinti und Roma, auf andere

Weise lösen. „Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, um vor Ort zu helfen“, sagt Münster. „Wir müssen etwas an den Heimatorten der Menschen für sie tun, wo sie ein Dach über dem Kopf haben.“ Zusammen mit der Caritas und der Malteser Migranten Medizin will der KMFV im Herbst zunächst Orte in Bulgarien aufsuchen, aus denen besonders viele Arbeitswanderer kommen, und sich darum kümmern, für sie dort Perspektiven für ihren Lebensunterhalt zu entwickeln.

Den Menschen, die hier keinen Anspruch auf Sozialleistungen haben, nur ein Rückfahrticket in die Hand zu drücken, oder zu warten, bis sich der Bund oder die EU um sie kümmert, bringe nichts. Dann treibt die Hoffnung auf ein besseres Leben die Menschen weiterhin an vermeintlich bessere Orte zum Leben.

LOE

gebote im Winter keinen Bunker mehr aufsperrten musste, um Obdachlosen in der Frostperiode wenigstens ein Notquartier für die Nacht bieten zu können. Der Tiefbunker unter dem St.-Jakobs-Platz, acht Jahre Unterschlupf für Obdachlose, hatte endlich ausgesiedelt.

Seit damals herrscht eigentlich Einigkeit in der Fachszene, dass es nicht nur darum gehen muss, Wohnungslosen einen Schlafplatz zu bieten, also das Überleben zu sichern, sondern dass es ein „Plus“ geben muss, wie es der Vorsitzende des Katholischen Männerfürsorgevereins (KMFV), Viktor Münster, nennt: Ein auf die unterschiedlichen Probleme wie Suchterkrankungen und psychische Krankheiten zugeschnittenes Hilfsangebot, um Menschen die Chance auf die eigenen vier Wände wieder zu eröffnen. Von Bunkern hält Münster indes wenig: „Unsere Position ist ganz klar: Wohnungslose Menschen sind überirdisch und nicht unterirdisch unterzubringen.“

Bei hoher Nachfrage haben die Schwächsten meist das Nachsehen

Der wirtschaftliche Boom führt zu Zuzug. „Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von EU-Ausländern ist massiv gestiegen“, allein von Juni 2010 bis September 2011 fanden 2200 Polen, 1000 Rumänen, 1000 Ungarn und 930 Griechen zusätzlich Jobs. Der Boom lässt den Druck auf den Wohnungsmarkt steigen, bei hoher Nachfrage haben die Schwächsten meist das Nachsehen. Die Zahl der Wohnungslosen in der sogenannten Sofortunterbringung nimmt bereits seit 2008 wieder zu. Damals waren nur knapp mehr als 2000 Menschen in Pensionen, Notquartieren und Clearinghäusern vorübergehend untergebracht, Ende 2010 schon fast 2300. Im vergangenen Jahr aber beschleunigte sich der Anstieg, Ende 2011 waren es bereits 2700, davon rund 700 Kinder.

Von den nur noch gut 3000 Sozialwohnungen, die pro Jahr frei werden, gehen schon jede dritte Wohnung an Personen, die aus der Wohnungslosigkeit kommen, sagt Rudolf Stummvoll. In freifinanzierte Wohnungen seien sie kaum mehr zu vermitteln. Fast 100 Vermittlungen in solche Wohnungen zählte das Amt vor zwei Jahren pro Monat, im April dieses Jahres waren es nur 14. Besondere Schwierigkeiten entstehen durch den Familiennachzug bei anerkannten Flüchtlingen mit großen Familien, vor allem aus dem Irak und Somalia. Für sie lassen sich kaum geeignete Wohnungen finden. Eine weitere Ursache der Misere liegt darin, dass das Wohnungsbauprogramm für Benachteiligte wegen nicht vorhersehbarer Probleme ins Stocken geraten ist.